



Frau  
Leonore Gewessler, BA  
Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt,  
Energie, Mobilität, Innovation und Technologie

BürgerInnen für Transparenz,  
Kostenwahrheit und Nachhaltigkeit  
in der Luftfahrt

Radetzkystraße 2  
1030 Wien

Per E-Mail: [kbm@bmk.gv.at](mailto:kbm@bmk.gv.at)

Wien, am 23. Mai 2024

## **Grün- und Freizeitraum in Flugschneisen wieder lebenswert machen**

Sehr geehrte Frau Bundesministerin Gewessler,

Wie Ihnen bereits aus früherer Korrespondenz bekannt ist bin ich die Obfrau des Vereins Aviation Reset, unter dessen Führung sich die Bürgerbewegung Aviation Reset mit zahlreichen unterstützenden Bürgerinitiativen gebildet hat.

Wir setzen uns für ein grundsätzliches Umdenken in der Luftfahrtwirtschaft ein (Details siehe unsere Website [www.aviationreset.at](http://www.aviationreset.at)), dieses Schreiben ist speziell dem Wiedergewinnen der Lebensqualität in den von der Luftfahrt vereinnahmten Lebensräumen gewidmet.

Zunächst möchte ich mich namens aller Fluglärmbedrohten dafür bedanken, dass unter Ihrer Führung Lärmgebühren verpflichtend wurden und – das erachten wir für besonders wichtig – nun auch ein Monitoring hinsichtlich der Lenkungswirkung der Lärmgebühren geplant ist. Wird das Monitoring streng umgesetzt, so ist ein wichtiger Schritt in Richtung Lärmschutz gelungen.

### *Nachtflugverbot am Flughafen Wien*

Angesichts der hohen Verkehrsdichte greift die Lärmgebühr jedoch zu kurz, vor allem ist sie nicht geeignet, einen Ersatz für das dringend gebotene Nachtflugverbot zu bieten. Es ist uns bekannt, dass dieses im „Dialogforum“ verhandelt wird. Doch dort ist das Thema nicht in guten Händen. Das Dialogforum ist so konzipiert, dass sich die Luftfahrtinteressen immer durchsetzen und die Bürger:inneninteressen immer das Nachsehen haben. Dies liegt schon daran, dass die Zielsetzung des Dialogforums darin besteht, dem Flughafen Wien ein unbeschränktes Wachstum zu ermöglichen.

Um die Machbarkeit auszuloten, bitten wir Sie daher im Rahmen des BMK und gegebenenfalls der Austro Control eine kompetente Arbeitsgruppe einzusetzen, die nach dem Vorbild des Flughafen Zürich die Möglichkeit der Umsetzung eines Nachtflugverbots am Flughafen Wien studiert. Am Flughafen Zürich gelten aktuell Betriebszeiten von 6 Uhr morgens bis 23 Uhr abends plus eine halbe Stunde für den Verspätungsabbau. Die Verkehrszahlen des Flughafen Zürich sind mit jenen des Flughafen Wien vergleichbar. Der Homecarrier ist die Swiss, die Schwester der AUA. Durch die Lage an der Grenze zu Deutschland sind dort auch die Überflüge über deutsches Gebiet stark eingeschränkt. Derartige Einschränkungen belasten den Flughafen Wien nicht. *Prima facie* ist daher von der Machbarkeit eines Nachtflugverbots auszugehen.

#### *Transparenz Austro Control und Verbesserungsvorschläge zu Flugrouten*

Aufgrund Ihrer Anordnungen wurde die Tätigkeit der Austro Control transparenter und Bürger:innen die Möglichkeit eingeräumt, Verbesserungsvorschläge zu bereits bestehenden An- und Abflugrouten bei der Austro Control einzubringen, ebenso wie Stellungnahmen bei der Neufestlegung von oder Änderung bestehender Flugrouten. Damit wurde eine unserer Forderungen erfüllt und auch dafür danken wir sehr herzlich.

#### *Bürgerbeteiligung auf Augenhöhe durch professionelle Vertreter:innen*

Unsere flankierende Forderung nach Bürgerbeteiligung auf Augenhöhe durch professionelle Vertreter:innen ist noch offen. Von niemanden kann verlangt werden, sich in der Freizeit Fachwissen zur Lenkung der Luftfahrt anzueignen. Das wäre aber eine Voraussetzung um das Mitspracherecht, wie es jetzt angeboten wird, wirksam ausüben zu können. Bürger:innen müssen die Möglichkeit haben, ihre Beschwerden über die Belastungen durch den Luftverkehr (Lärm-, aber auch Luftverschmutzung) in einfacher Form bei einer mit Fachleuten besetzten Stelle einzubringen, die dann gegenüber der Austro Control und gegebenenfalls den Flughäfen auf Augenhöhe die Beschwerden wie ein Anwalt im Interesse der beschwerdeführenden Bürger:innen vertritt und transparent mit diesen abhandelt.

Der derzeit auf der Website befindliche Hinweis auf eine nicht näher definierte „Ombudsstelle“ bei der Austro Control, die die Eingaben der Bürger:innen sammelt, clustert und vorbereitet, also eben nicht die Interessen der Bürger:innen vertritt, ist nicht ausreichend.

Nur über eine professionelle Vertretung der Bürger:inneninteressen kann ein fairer Ausgleich gegenüber der mächtigen Luftfahrtlobby geschaffen werden. Wir bitten Sie daher, eine solche Stelle einzurichten. Die Finanzierung könnte über Lärmgebühren sichergestellt werden.

#### *Incentiveprogramme der Flughäfen*

Ich denke wir sind uns einig, dass der Luftverkehr nach Möglichkeit zu vermeiden ist oder doch wenigstens nicht zu fördern ist. Die Incentive-Programme der Flughäfen, allen voran des Flughafen Wien, tun aber genau das. Billigairlines werden mit Rabatten angelockt, sie stationieren bei uns Flugzeuge, unterhalten aber keine Gesellschaften in Österreich und haben wohl auch ihr Personal nicht hier angestellt, was ihnen erhebliche Kostenvorteile bringt. Gemäß der Incentive-Ordnung des Flughafen Wien reicht es schon, wenn eine Airline drei Flugzeuge am Flughafen Wien stationiert, um Rabatte zu genießen. Die Errichtung eines Unternehmens in Österreich mit im österreichischen Sozialsystem eingebundenen Arbeitnehmer:innen ist jedoch nicht Voraussetzung.

Das derzeitige Gebührensystem fördert Dumping-Preispolitik und das künstliche Wachstum des Verkehrs, während die einzige Airline mit einem in unserem Wirtschaftssystem eingebundenen Unternehmen, die AUA, immer wieder von den österreichischen Steuerzahler:innen gestützt werden muss. Hier könnte das BMK bei der Bewilligung der Gebührenordnung der Flughäfen wesentlich strengere Prüfungen vornehmen und unter wettbewerbsrechtlichen Aspekten für mehr Kostenwahrheit sorgen, was künstlichem Verkehrswachstum entgegenwirken würde.

Ich fasse somit unsere Anliegen zusammen wie folgt:

- Einsetzen einer kompetenten Arbeitsgruppe, die nach dem Vorbild des Flughafens Zürich die der Umsetzung eines Nachtflugverbots am Flughafen Wien aufbereitet;
- Einsetzen einer professionellen Vertretung der Bürger:inneninteressen zum Ausgleich gegenüber der mächtigen Luftfahrtlobby;
- Strenge Prüfung der Incentive-Ordnungen unter wettbewerbsrechtlichen Aspekten und im Hinblick auf Kostenwahrheit um künstlichem Verkehrswachstum entgegenzuwirken.

Sämtliche hier angeführten Punkte fallen in Ihre Kompetenz als Verkehrsministerin, sodass ich Sie namens der Bürgerbewegung Aviation Reset bitte, die in diesem Schreiben formulierten Forderungen aufzugreifen und ihre Umsetzung möglichst rasch in die Wege zu leiten.

Für Rückfragen stehe ich gerne zur Verfügung und verbleibe

mit besten Grüßen



Dr. Susanne Heger